

Rolandsgraben ist wieder dabei

Rat verabschiedet Haushaltssatzung / Defizit liegt bei 3,1 Millionen Euro



Das Bau- und Erschließungsprojekt Rolandsgraben tauchte vor der Ratssitzung nicht mehr in der mittelfristigen Finanzplanung auf. Im Verlauf der Sitzung wurde noch einmal darüber abgestimmt – jetzt ist das Projekt wieder aufgenommen. FOTO: KLAUS GÖCKERITZ

VON PETER HANUSCHKE

Lilienthal. Die Gemeinde hat seit Dienstagabend ihre Haushaltssatzung. Im Ergebnishaushalt (ehemals Verwaltungshaushalt) wird es ein Defizit von zirka 3,1 Millionen Euro geben. Bei der Diskussion nahm das Erschließungs- und Bauprojekt Rolandsgraben breiten Raum ein. Dafür hatte die CDU gesorgt. Sie hatte damit gedroht, der Haushaltssatzung nicht zuzustimmen, falls der Rolandsgraben nicht wieder in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen wird. Mit Erfolg: Am Ende hatte sie mit Stimmen der SPD die nötige Mehrheit für den Rolandsgraben zusammen. Nicht beschlossen wurde kurioserweise die mittelfristige Finanzplanung – der Rat vertagte sich auf den gestrigen Mittwochabend.

Trotz des Rolandsgrabens stimmte ein Teil der CDU gegen die Finanzplanung. Grund dafür, so gestern Fraktionschef Rainer Sekunde, sei gewesen, dass in der Finanzplanung auch die Linie 4 vorkomme. (Anm. d. Red.: Nicht alle CDU-Ratsmitglieder stehen hinter dem Straßenbahnprojekt). Auch die Grünen hatten dagegen gestimmt – nicht wegen der Linie 4, sondern wegen Wiederaufnahme des Rolandsgrabens. Wie gestern im Laufe des Tages eine Prüfung ergab, kann der Haushalt ohne Finanzplanung nicht genehmigt werden.

Mehrheit hatte sich distanziert

Vor der Abstimmung zum Rolandsgraben – dieses Projekt sorgt schon seit Wochen für viel Aufregung, weil sich die Gemeinde mit 690 000 Euro an den Erschließungskosten beteiligen soll – hatte sich die Mehrheit in ihren Redebeiträgen von diesem Projekt distanziert. Die Grünen waren aus ökologischen Gründen noch nie dafür gewesen und sind es immer noch nicht, wie sie betonten; die FDP lehnt es nach wie vor ab, einen privaten Investor bei der Erschließung eines Baugebiets zu unterstützen. Ähnlich argumentierte der fraktionslose Ratsherr Ingo Wendelken, und auch der parteilose Ratsherr Harald Rossol entschied sich gegen das Projekt.

Eine Mehrheit für den Rolandsgraben war nicht zu erkennen. Es kam aber trotzdem anders. Nach einer von der SPD beantragten Sitzungsunterbrechung wurde abgestimmt, und ein Großteil der Sozialdemokraten, die zuvor noch intensiv wegen der desolaten Finanzlage der Gemeinde gegen den Rolandsgraben argumentiert hatten

und das Projekt auf 2014 verschieben wollten, schlug sich auf die Seite der Union. Im Ergebnis hieß es 15 Stimmen für die Wiederaufnahme des Rolandsgrabens in die mittelfristige Finanzplanung in den Jahren 2011 und 2012, zehn Ratsvertreter waren dagegen.

Was war geschehen? Hatten die Argumente der CDU doch Wirkung gezeigt? Axel Miesner hatte im Verlauf der Debatte intensiv für den Rolandsgraben geworben. „Das ist eine Toplage, seit 15 Jahren versuchen wir, dieses Gebiet zu erschließen und eine Querspange für Butendiek zur Ortsentlastungsstraße zu schaffen.“ Und beim Anteil der Gemeinde für den Bau der Brücke zum Rolandsgraben gehe es ausschließlich darum, das Gebiet zu erschließen. Das tue man auch bei anderen Baugebieten; da werde dann eben auf Kosten der Gemeinde eine Straße dorthin gebaut. Vielleicht war es auch die Äußerung von Sekunde kurz vor Sitzungsunterbrechung, die die SPD kippen ließ: Der Rolandsgraben stehe im direkten Zusammenhang mit der Entlastungsstraße und die Anbindung sei erforderlich so wie es aus der zeichnerischen Darstellung des Gesamtverkehrsweplans aus dem Jahr 1994 hervorgehe.

Zum Verhalten der SPD sagte gestern Ratsherr Jens Erdmann auf Nachfrage unserer Zeitung, dass man sich für das kleinere Übel entschieden habe, „also in Kauf zu nehmen, in Bezug auf den Rolandsgraben eine sehr unglückliche Figur abgege-

ben zu haben. Wir hatten einfach die Befürchtung, dass die CDU sonst tatsächlich der Haushaltssatzung nicht zugestimmt hätte, um sich so auf elegante Art und Weise wieder einmal vom Projekt Linie 4 zu verabschieden. Und die Umsetzung der Straßenbahn hat bei uns oberste Priorität.“

Deutliche Mehrheiten gab es am Ende für die Satzung 2010 (16 Ja-, neun Nein-Stimmen), und somit auch für die Linie 4, für die im Haushalt 1,5 Millionen Euro vorgesehen sind. Bereits zuvor war ein Antrag der FDP gescheitert, dieses Geld nicht zur Verfügung zu stellen. Zehn stimmten für diesen Antrag, 15 Ratsvertreter dagegen.

Für Heidi Kupsch (FDP) wäre das noch die Chance gewesen, das „Heft nicht aus der Hand zu geben“. Grundsätzlich sei die finanzielle Talfahrt der Gemeinde nur mit einem Ausstieg aus dem Projekt Linie 4 zu stoppen, was eine Ersparnis von acht Millionen Euro bringe. Das sei so nun absolut nicht richtig, entgegnete Stephan Limberg von den Grünen. „Sie bringen den Finanzmit dem Ergebnishaushalt durcheinander.“ Von einer Einsparung im Ergebnishaushalt von acht Millionen Euro könne gar keine Rede sein. Bürgermeister Willy Hollatz sagte, dass man zwar immer den Ausstieg fordern könne, aber dann sollte man bitte auch eine Alternative aufzeigen. Das habe die FDP bisher nicht leisten können. Eine Lösung, wie die Hauptstraße saniert werden könne, hätten die Liberalen auch noch nie präsentiert.

KOMMENTAR

Befremdliche Politik

Von Peter Hanuschke

Die CDU-Fraktion wird sich auf die Schulter geklopft haben. Da schafft sie es, den Rolandsgraben doch noch in die Planung aufzunehmen, obwohl sich dafür bis zur Abstimmung keine Mehrheit abgezeichnet hatte. Eine politische Meisterleistung untermuert durch stichhaltige Argumente? Sicherlich, die Argumente waren da, aber den Ausschlag haben sie nicht gegeben. Eine deutliche Drohung war vielmehr der Auslöser dafür, dass ein Großteil der Sozialdemokraten den Rückzug antrat und für den Rolandsgraben

stimmte. Man kann nur hoffen, dass dieses Drohverhalten die Ausnahme bleibt – so darf man keine Politik betreiben. Sicherlich gehört es zum Tagesgeschäft, sich auch mal taktisch zu verhalten. Fraktionschef Rainer Sekunde ist mit seiner Drohung aber weit übers Ziel hinausgeschossen. Auf der anderen Seite darf sich die zweitgrößte Fraktion auch nicht einfach einschüchtern lassen. Beide Fraktionen haben es aber geschafft, Lilienthaler Politik wieder ein Stück befremdlicher erscheinen zu lassen.